



## **Änderung der Zuständigkeitsstreitwerte und der Rechtsmittelstreitwerte ab dem 01.01.2026**

Der Bundestag hat am 03.12.2025 das Gesetz zur Stärkung der Amtsgerichte in Zivilsachen beschlossen. Den entsprechenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung hat der Bundesrat am 21.11.2025 gebilligt.

Damit wird der in § 23 GVG geregelte Zuständigkeitsstreitwert von bisher 5.000,00 € auf 10.000,00 € angehoben. Auch die Grenze des Anwaltszwangs wird auf 10.000,00 € angehoben.

Außerdem werden bestimmte Sachgebiete zum Zwecke der Spezialisierung den Amts- oder Landgerichten streitwertunabhängig zugewiesen.

In der Zivilprozessordnung werden die Rechtsmittelstreitwerte von derzeit 600,00 € auf 1.000,00 € erhöht. Im RVG, im OWiG, im Gerichts- und Notarkostengesetz, im FamFG, im FGG, im GKG, im FamGKG, im Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz sowie für Kostenbeschwerden in der StPO werden die Rechtsmittelstreitwerte von derzeit 200,00 € auf 300,00 € erhöht. Die Wertgrenze für das Verfahren nach billigem Ermessen wird im Gleichlauf mit der Berufungswertgrenze von derzeit 600,00 € auf 1.000,00 € erhöht. Die Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde wird von derzeit 20.000,00 € auf 25.000,00 € erhöht.

Das Gesetz enthält Übergangsregelungen.

Nähere Einzelheiten können Sie folgenden Dokumenten entnehmen:

- [BT-Drucksache 21/1849](#)
- [BT-Drucksache 21/2466](#)
- [BT-Drucksache 21/2669 Nr. 23](#)
- [BT-Drucksache 21/2777](#)
- [BRAK Stellungnahme Nr. 52/2025 November 2025](#)
- [Mitteilung der BRAK vom 04.12.2025](#)